

4 NATIONALFEIERTAG

«Der Bundesrat missachtet die Verfassung»

Magdalena Martullo-Blocher will einen «politischen Weg» gehen, sieht sich aber nicht als Nachfolgerin ihres Vaters

Als Politikerin für den Alleingang, als Unternehmerin in der ganzen Welt präsent: ein Widerspruch? Die Ems-Chemie-Chefin und SVP-Nationalratskandidatin über Europa, die Frankenstärke und ihr Rezept für den Tourismus.

VON PATRIK MÜLLER

Frau Martullo, Sie haben in Obersaxen GR eine Ansprache zum 1. August gehalten – Ihre erste überhaupt. Ist das vor allem Wahlkampf?

Magdalena Martullo: Ich habe als Kind viele 1.-August-Feiern im ganzen Land miterlebt, mein Vater hielt jedes Jahr Ansprachen, und da ging die Familie immer mit. Trotz der schönen Erinnerungen habe ich Anfragen für Reden bislang abgelehnt, denn wir waren oft mit den Kindern in den Ferien. Dass das dieses Jahr anders ist, hat sicher mit meiner Kandidatur zu tun: Ich habe mich für einen politischen Weg entschieden, und da gehört der 1. August dazu, um Wichtiges zur Vergangenheit und Zukunft unseres Landes zu sagen.

Und was ist Ihnen wichtig?

Wir feiern den Bundesbrief von 1291, und seine Grundzüge stehen auch in unserer Verfassung. Daraus geht eine Verpflichtung der Eidgenossenschaft hervor – für Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und die Rechte des Volkes. Heute stelle ich fest: Diese vier Kernpunkte werden vom Bundesrat und von der Mehrheit der Parteien nicht mehr ernst genommen. Sie verlassen leichtfertig einen Weg, den wir seit 724 Jahren erfolgreich begangen haben. Der Bundesrat missachtet die Verfassung!

Ein schwerer Vorwurf. Wie kommen Sie darauf?

Nehmen wir die Rahmenverträge mit der EU, die der Bundesrat anstrebt. Sie führen dazu, dass die Schweiz EU-Recht automatisch übernehmen und fremde Richter akzeptieren muss. Das ist doch ganz klar gegen die Unabhängigkeit, Freiheit und die Volksrechte. Es geht um Grundsätzliches: Die Schweiz ist erfolgreich, weil sie einen gemeinsamen Willen hat, sich aber föderalistisch organi-

siert. Sie ist sehr verschieden – denken Sie an die unterschiedlichen Täler und Kulturen in Graubünden – und macht daraus eine Stärke. In Bern will man aber zentralisieren und eine Angleichung an die EU.

Sie betonen als Politikerin die Unabhängigkeit – als Ems-Chefin führen Sie aber ein internationales Unternehmen. Wie geht das zusammen?

Die Schweiz hat Nachteile: Sie ist ein Binnenland, klein, teuer, hat keine Rohstoffe und eine schwierige Topografie. Warum ist bei der Ems-Chemie trotzdem die Hälfte der Produktion hier, wo wir nur etwa 2 Prozent im Inland verkaufen? Weil die Nachteile übertrumpft werden durch bessere Rahmenbedingungen und tiefere Steuern. Und die haben wir unserer Unabhängigkeit und der direkten Demokratie zu verdanken! Unsere Politiker sind nicht besser als in anderen Ländern, sie haben nur weniger zu sagen. Die Unternehmen können sich bei uns schnell und flexibel anpassen. Ein Beispiel: Wir haben soeben Ausbau-Investitionen von 50 Millionen Franken beschlossen und wenige Wochen nach dem Entscheid mit dem Bau unserer neuen Anlagen beginnen können. Das gibts in Europa sonst nirgends.

Viele Unternehmen und Verbände sehen in der Unabhängigkeit aber zunehmend einen Nachteil: Die Masseneinwanderungsinitiative zum Beispiel gefährde die bilateralen Verträge, die für den Standort zentral seien. Darum sagt die Bankiervereinigung: Die SVP ist keine Wirtschaftspartei mehr!

Zahlreiche Abstimmungsanalysen in Bern haben die SVP als klar wirtschaftsfreundlichste Partei identifiziert. So belegen die SVP-Parlamentarier auch Spitzenplätze bei den Rankings des Gewerbeverbands. Die Wirtschaftsverbände haben – im Gegensatz zum Bundesrat – einen guten Vorschlag zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gemacht, nämlich die Schutzklausel. Die Bankiervereinigung hat mit dem Wegfall des Bankkundengeheimnisses eigene Probleme und schaut nur noch für ihren Marktzugang in Deutschland. Das Gesamtinteresse der Schweiz kommt für diese Branche erst an zweiter Stelle, was kurzfristig ist.



Magdalena Martullo-Blocher an der 1.-August-Feier in Obersaxen GR.

OLIVIA ITEM

Ist Ihnen die Masseneinwanderungsinitiative denn wichtiger als die Bewahrung der Bilateralen?

Das Volk hat die Initiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, und das können wir auch. Die Bilateralen sehe ich nicht in Gefahr, damit wird jetzt einfach Angstmacherei betrieben. Ich bin für die Bilateralen, aber ihr Wegfall wäre kein Weltuntergang: Am wichtigsten ist, dass wir keine Zölle und technischen Handelshemmnisse haben. Das könnte man erreichen, denn auch die EU hat ein Interesse daran.

Wo die Unabhängigkeit ebenfalls an Grenzen stösst, ist bei der Währungspolitik: Der starke Franken bedroht die Exportwirtschaft und den Tourismus.

Es gibt kein Frankenproblem, sondern ein Europroblem. Denn der Franken ist nur zum Euro stärker geworden, nicht zum US-Dollar oder zum chinesischen

« Die Bilateralen sehe ich nicht in Gefahr, damit wird jetzt einfach Angstmacherei betrieben. »

Renminbi. Der Euro ist wegen der Misere im Euroraum so schwach. Und es kann nicht sein, dass sich die Schweiz diesem Weg anschliesst. Ich sehe sie wie die erfolgreicher USA und China mit eigener Währung.

Wie reagiert Ems-Chemie darauf?

Wir haben weder Löhne gesenkt noch Arbeitszeiten verlängert oder Leute entlassen, sondern wir haben den Verkauf verstärkt und Ausbauminvestitionen beschlossen, um mehr Geschäfte zu machen. Es brauchte eine sehr schnelle Reaktion nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses, und es funktioniert – bei Ems-Chemie wird 2015 sogar noch besser werden als das Vorjahr. Schauen Sie: In den 80 Jahren Ems-Chemie gab es immer wieder Konjunkturreinbrüche und Franken-Aufwertungen – der Dollar stand einst bei über 4 Franken –, und man hat zum Schluss immer einen Weg gefunden.

Ems-Chemie steckt die Frankenstärke weg – ganz im Gegensatz zum Touris-

mus in Graubünden. Hat er mit diesem Wechselkurs eine Zukunft?

Absolut. Aber es braucht eine neue Struktur, die Betriebe müssen mehr zusammenarbeiten, und im Service können wir uns verbessern. Vor allem aber sollten wir neue Touristengruppen erschliessen. Der Tourismus hat in der Vergangenheit andere Währungsräume, insbesondere Asien und die USA, zu wenig bearbeitet. Da gibt es noch Potenzial, vor allem im Individualtourismus.

Die Tourismusbranche versucht doch schon einiges und kommt auf keinen grünen Zweig.

Wir müssen nicht verzweifeln. Unsere Landschaften sind einmalig. Jeder Chinese hat den Traum, in die Schweiz zu reisen. Und viele haben das Geld dazu. Es ist viel mehr möglich! Graubünden ist gut positioniert, muss aber das Profil schärfen und bei den Asiaten bekannter werden.

Ein neuer Euro-Mindestkurs würde sofort helfen.

Wir können nicht wegen einzelner Branchen unsere Währung aufgeben. Es geht um das Wohl des ganzen Landes. Der starke Franken ist langfristig gut, und viele Branchen profitieren auch jetzt davon, ebenso die Konsumenten dank tieferer Importpreise.

Warum treten Sie bei den Wahlen eigentlich in Graubünden und nicht im Kanton Zürich an? Ist es ein Angriff auf Eveline Widmer-Schlumpf, die der SVP ein Dorn im Auge ist?

Sicher nicht. Ausserhalb Graubündens glaubt man, die Bündner stünden alle hinter Frau Widmer-Schlumpf. Ich nehme das hier nicht so wahr. Nein, dass ich in Graubünden kandidiere, hat andere Gründe: Zürich hat in Bern schon viel Einfluss. Graubünden wird dort zu wenig gehört, dabei hat es als Randregion grosse Herausforderungen. Zudem kenne ich Graubünden viel besser, hier haben wir 1000 Mitarbeiter, ich habe mit der Bündner Politik und den Behörden täglich zu tun.

Nach dieser Logik müssten Sie eigentlich als Ständerätin kandidieren.

Ob die SVP Graubünden einen Ständeratskandidaten aufstellt oder nicht, ist noch offen – es hängt von den Listenver-

bindungen ab. Als Ständerat muss man den Wohnsitz im Kanton Graubünden haben, das habe ich aus geschäftlichen Gründen nicht geplant.

Die «NZZ am Sonntag» machte publik, dass die SVP Graubünden die Regeln mit ihren beiden Wahllisten so geändert hat, dass Sie bessere Wahlchancen haben. Offenbar will Sie die Partei um jeden Preis nach Bern bringen.

Nein, diese Regel ist überhaupt nicht neu, es gibt sie seit der Trennung von SVP und BDP 2007. Ich selber wusste nichts davon, als ich für die Kandidatur zusagte. Graubünden hat nur fünf Nationalräte, und damit man den Wählern eine Auswahl geben kann, kommt man mit zwei Listen, dann stehen zehn Namen zur Auswahl. Die SVP-Regel ist so, dass am Ende diejenigen Personen gewählt werden, die persönlich am meisten Stimmen haben – egal auf welcher Liste. Das ist doch nachvollziehbar. Ich verstehe die Aufregung nicht.

Sie sind Chefin eines Konzerns, Mutter dreier Kinder und vielleicht bald Nationalrätin. Wie bringen Sie das unter einen Hut?

Das habe ich mir gut überlegt und ich bin sicher, ich kann mich so organisieren. Mein Vater hat das auch 30 Jahre lang so gemacht...

... aber die SVP-Familienpolitik legt nahe, dass das bei einer Frau anders beurteilt wird.

Das sind Klischees. Wahr ist, dass es in der SVP viele berufstätige Mütter gibt. Ich selbst habe dazu aus der SVP noch nie eine negative Reaktion erhalten.

Sehen Sie sich nicht nur bei Ems-Chemie, sondern auch in der Politik als Nachfolgerin Ihres Vaters – auch was die Finanzierung von Abstimmungskämpfen betrifft?

Ich glaube nicht, dass sich das politische Engagement meines Vaters über das Geld definiert. Nein, ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist es, zu einer besseren Politik in Bern beizutragen. Ich gehe immer meinen eigenen Weg. Früher sagte ich jeweils sogar, dass ich weder in die Ems-Chemie noch in die Politik einsteige. Aber offenbar kommt es im Leben manchmal anders, als man denkt (lacht).